

GEGEN DIE STRÖMUNG



Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands

05-06/2017

Mai / Juni 2017

Skandal oder normal?

Nazis in der Bundeswehr – Imageprobleme der deutschen Imperialisten

Dass die Bundeswehr von Nazis, Militärs der Nazi-Wehrmacht aufgebaut wurde, könnte eigentlich allgemein bekannt sein. Wer sonst? Dass mehr als 60 Jahre später organisierte Nazis in der Bundeswehr feste Positionen und Zellen gebildet haben, ist eigentlich logisch und muss bekannt gemacht werden. Was heute kurze Zeit als „Skandal“ daher kommt, kann in Wirklichkeit nicht überraschen. Und doch gibt es ein „Image-Problem“. Was in der Bundeswehr so wirklich los ist, das ist eine Sache, wie sie sich nach außen darstellen soll, ist eine ganz andere Sache.

Angesichts einer bewaffneten Nazi-Zelle, die aufgefliegen ist, ist es nun auf einmal ein Problem, dass ganz normal gegen alle Kritiken noch immer Bundeswehr-Kasernen nach alten Wehrmachts-Nazis benannt sind. Nach angekündigten Inspektionen wurden in Bundeswehr-Kasernen 41 „Wehrmachtsandenken“ festgestellt, die verschwinden sollen. Von der „Bild“-Zeitung groß herausgestellt soll gar das Foto des alten SPD-Militaristen Helmut Schmidt in Nazi-Wehrmachtsuniform aus der nach ihm benannten Bundeswehr-Hochschule abgehängt worden sein. Dies wurde von einer CDU-Minister-in veranlasst und die SPD Spitze schäumt vor Wut. Inzwischen ist dieses Bild wieder aufgehängt worden, mitsamt einem Auszug einer Rede von Helmut Schmidt, in der er erklärt, er habe 1944 angefangen, „den verbrecherischen Charakter“ des Nazi-Faschismus „zu begreifen“! (Spiegel Online, 14.6.2017) Was ein Schauspiel!

Das sind so die Probleme einer Image-Kampagne „Bundeswehr ohne Nazi-Tradition“. Für die Bundeswehr gab es 1956 keine „Stunde null“. Und wenn jetzt eine „Stunde null“ verkündet wird, dann stellt sich ja die Frage, wann soll die denn beginnen? Der Streit um die vor allem ans Ausland gerichtete Imagekampagne ist insofern

aufschlussreich. Wenn dann absehbar nach kurzer Zeit die Kampagne vorbei ist, wird alles wie bisher weitergehen: Wehrmachtstradition ja, aber nicht zu laut und nicht zu öffentlich!

Imagekampagne und Nachwuchsprobleme

Seit die Bundeswehr eine Berufsarmee ist, hat sie in bestimmten Bereichen ein „Nachwuchsproblem“. Für die Gewinnung der heutigen Generation für die Bundeswehr sieht es gegenwärtig so aus:

Nazis zieht es sowieso „zu den Waffen“, also zur Bundeswehr, egal welches Image diese hat. „Geh zur Bundeswehr“ lautet der NPD-Aufruf.

Dann gibt es noch die sogenannten „Waffenarren“ und „Technikfreaks“, die sicher nicht ganz so naiv sind, wie mancher meint. Die Bewunderung nicht nur für die heutigen Bundeswehr-Waffen, sondern auch für „Tiger“-Panzer und andere Waffen der Nazi-Wehrmacht ist durchaus verbreitet.

Und dann gibt es noch die Lockung mit Ausbildungsplätzen und Geld, mit Abenteuerreklame und gar pseudopazifistischen Versprechungen: „Frieden sichern“ und „Ent-

wicklungshilfe“ („Brunnen bauen“) mit der Bundeswehr.

Es wurden Abermillionen Euro für Werbung ausgegeben, um Jugendliche zur Bundeswehr zu locken, sogar mit Werbesprüchen wie „Wir kämpfen auch dafür, dass du gegen uns sein kannst“. In den letzten Jahrzehnten wurde dafür ein ganzer Apparat – von Werbeagenturen bis zu den Jugendoffizieren der Bundeswehr, die in Schulen herumtingeln – ausgebaut. Wie auch auf anderen Gebieten wurde eine Doppelstrategie gefahren: Es wurde eine angebliche ganze neue Bundeswehr präsentiert, mit dem Image von liebevollen Sozialarbeitern, die nichts wollen als helfen, helfen und nochmals helfen, wenn sie in anderen Ländern stationiert sind. Gleichzeitig wurde, mal vorsichtiger, mal nicht so vorsichtig, die Entfaltung der Tradition des deutschen Soldaten, einzelner Abteilungen der Nazi-Wehrmacht und ihrer angeblichen Heldentaten betrieben und es wurden bewusst Symbole und Traditionen der Wehrmacht gepflegt. Dabei wird auch, anknüpfend an die Nazipropaganda, auf heutigem Niveau die Faszination von Technik, gigantischen Waffensystemen, computergesteuerten Mordmaschinen genutzt, um insbesondere Jugendlichen – angesichts von Erwerbslosigkeit nicht ohne Erfolg – an die Bundeswehr, an Kriegseinsätze, an den deutschen Militarismus heranzuführen und sie dafür zu gewinnen.

Eine nicht zu unterschätzende Rolle spielt bei alledem ein Netzwerk von „privaten“, halboffiziellen, aber auch quasi-staatlichen Organisationen, welche deutschen Militarismus auf vielerlei Arten verbreiten. Dazu gehören etwa der „Verband der Reservisten der Deutschen Bundeswehr“ mit über 100.000 Mitgliedern und der „Deutsche Bundeswehrverband“ mit rund 200.000 Mitgliedern, der „Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge“, mit dessen Hilfe die Regierung in den letzten Jahrzehnten Hunderttausende von Jugendlichen dazu gebracht hat, in Deutschland und in anderen Ländern

„Verteidigungsexperte“ der Partei „Die Linke“ stellt sich schützend vor die Nazis in der Bundeswehr!

Der „Verteidigungsexperte“ der PDL, Alexander Neu, stellte sich gegen eine umfassende Aufdeckung der Nazi-Aktivitäten in der Bundeswehr:

„Die Linkspartei spricht sich gegen eine generelle Durchleuchtung aus.“
(FAZ net, 30.4.17)

Was nichts anderes bedeutet, als sich schützend vor die Nazis in der Bundeswehr zu stellen!

Soldatenfriedhöfe der Nazi-Wehrmacht zu „pflegen“. Alle diese Organisationen arbeiten eng mit der Regierung und der Bundeswehr zusammen. Hinzu kommen Hunderte „Kameradschaften“ und „Traditionsvereine“ der Nazi-Wehrmacht und Waffen-SS. In diesem Geflecht spielte und spielt noch immer eine Riege „alter Kameraden“ eine wichtige Rolle, die auf Deutschland und seine Wehrmacht nichts kommen lassen wollen und dies an ihre gut erzogenen „Söhne und Töchter“ weitergeben.

Und die Politiker? Ob SPD, CDU/CSU, Grüne oder AfD, trotz allerlei „Kämpfen“ auf dem Papier sind sie sich in einem grundlegend doch einig: Für eine starke gut ausgerüstete Bundeswehr, deren „Ansehen“ auf keinen Fall „beschädigt“ werden dürfe! Auch ein Vertreter der Partei „Die Linke“ stellte sich nach dem Auffliegen von Franco A. und einiger anderer Nazis schützend vor die Bundeswehr und sprach sich „gegen eine generelle Durchleuchtung“ aus (FAZ net, 30.4.17).

Große antimilitaristische Aktionen gibt es momentan nicht. Deutscher Nationalismus und Militarismus sind vorherrschend.

Das ist die Gemengelage, um die es geht.

Nach dem Auffliegen eines Nazi-Netzwerks in der Bundeswehr: Politiker einig in der Verteidigung der Bundeswehr

Halten wir nochmals fest: April/Mai 2017 sind drei Mitglieder eines Nazi-Netzwerks aufgefliegen und kurz hintereinander verhaftet worden. Sie hatten Waffen wie Gewehre, eine Pistole, Funkgeräte, Granatenzünder sowie mindestens 1.000 Schuss Munition und Sprengstoff aus Bundeswehrbeständen entwendet. Offenbar hatten sie auch Nazi-Attentate gegen Politiker geplant. Eine Liste wurde gefunden, auf der potenzielle Anschlagziele nach dem Vorbild des norwegischen Nazi-Massenmörders Anders Breivik in ABC-Kategorien eingeteilt sind. In der A-Kategorie standen z. B. Ex-Bundespräsident Gauck und Justizminister Maas. Der Nazi Franco A. hatte sich auch eine Pseudo-Identität mit der Absicht zugelegt, den Tatverdacht dann auf in Deutschland lebende Refugees zu lenken.

Franco A. und andere in der Kaserne des Jägerbataillons der deutsch-französischen Brigade in Illkirch bei Straßburg hatten aus seiner Nazi-Gesinnung kein Geheimnis gemacht. Bereits Anfang 2014 hatte Franco A. eine Masterarbeit vorgelegt, die vom französischen Vorgesetzten wegen der darin enthaltenen Nazi-Hetze gegen „Durchmischung der Rassen“ usw. als „radikal-nationalistischer, rassistischer Appell“ bewertet wurde. Seine deutschen Vorgesetzten sahen darin kein großes Problem. Nicht

einmal ein Disziplinarverfahren wurde eingeleitet. Offenbar war auch kein Problem, dass sich an den Wänden Landser-Bilder befanden, welche die Nazi-Wehrmacht offen verherrlichten. In der Stube von Franco A. fand sich ein G36-Gewehr mit eingeritztem Hakenkreuz sowie Graffiti mit H-H und H-J an der Wand. Ein Oberleutnant äußerte, in der Kaserne gebe es „eine Gruppe gewaltbereiter Offiziere, die Waffen und Munition sammeln, um im Fall eines Bürgerkriegs auf der richtigen Seite zu kämpfen“ (FR, 13./14.5.17). Im Mai 2017 erklärte ein 2011 bis 2013 in Illkirch stationierter Soldat, schon damals habe es ein „rechtsradikales Netzwerk“ in Illkirch, Donaueschingen und Hammelburg gegeben (Der Spiegel, 20/17, S.30).

Durch das Bekanntwerden der Tatsache, dass in dieser Kaserne offenbar Jahre lang unter den Augen und –zumindest– mit Duldung der Bundeswehr-Verantwortlichen offene Nazi-Hetze und Verherrlichung der Nazi-Wehrmacht betrieben wurde, gab es insbesondere für die zuständige Ministerin von der Leyen ein Problem. In einer ZDF-Sendung sprach von der Leyen kurz danach von einem „falsch verstandenen Korpsgeist“ und einem „Haltungsproblem“ in der Bundeswehr. Wenig später sprach sie sich dafür aus, die Zustände in der Bundeswehr generell zu überprüfen. Das genügte, um in Militärkreisen und bei Politikern aller Parteien von der AfD über SPD und GRÜNE bis hin zu einem Politiker der Linkspartei einen Proteststurm auszulösen. Der Vorsitzende des Deutschen Bundeswehrverbandes mit 200.000 Mitgliedern, Oberstleutnant Andre Wüstner, bezeichnete das Verhalten der Ministerin als „unglaublich“. Der SPD-Vorsitzende Martin Schulz warf der Ministerin vor, das Ansehen der Truppe zu beschädigen. Der SPD-„Verteidigungsexperte“ Rainer Arnold warf ihr vor, das Vertrauen in die Bundeswehr zerstört zu haben und forderte sie auf, sich bei den Soldaten zu entschuldigen. Der „Verteidigungsexperte“ der GRÜNEN, Tobias Lindner beeilte sich ebenfalls, die Bundeswehr in Schutz zu nehmen: „Die Bundeswehr kann nichts dafür, dass sie als Armee für Rechtsextreme eine erhöhte Anziehungskraft besitzt.“ Auch der „Verteidigungsexperte“ der Linkspartei, Alexander Neu, verwahrte sich dagegen, die Soldaten unter „Generalverdacht“ zu stellen: „Die Linkspartei spricht sich gegen eine generelle Durchleuchtung aus.“ Der CSU-Politiker Uhl warf der Ministerin vor, sie würde mit der Aussage, die Wehrmacht dürfe in keiner Form traditionsstiftend für die Bundeswehr sein, „ein totales Unwerturteil“ über deren Soldaten fällen. Der Ex-Minister Dirk Niebel von der FDP postete auf seiner Facebook-Seite eine Original-Nazi-Zeichnung eines Wehrmachtssoldaten, die unterschrieben ist mit „klagt nicht, kämpft“. Der ehe-

malige SPD-Kriegsminister Scharping verurteilte das Abhängen eines Fotos des früheren Kriegsministers und Bundeskanzlers Helmut Schmidt in Wehrmachtsuniform in einem Studentenwohnheim der Hamburger Bundeswehr-Universität als „bilderstürmerische Aktion“ und als „Hexenverbrennung“ (FR, 17.5.17). Damit übertraf er sogar noch den AfD-Vize Gauland, der von einer „panischen Säuberungsaktion“ sprach (FR, 13./14.5.17).

Das Ergebnis dieses deutsch-nationalen Shit-Storms war schon vorprogrammiert und kaum verwunderlich: Die Ministerin lud hundert Generäle und Führungskräfte der „Bundeswehr“ ein, um sich zu entschuldigen. Es tue ihr leid, die Truppe pauschal als „haltungsschwach“ verurteilt zu haben und lobte sie mit den Worten: „Egal wo diese Männer und Frauen dienen und arbeiten – es ist ein unverzichtbarer Dienst für unser Land. Dafür gebührt ihnen Dank und Anerkennung.“ (Der Spiegel, 19/2017) Die FAZ titelte angesichts dieses Kotaus: „Von der Leyen leistet Abbitte vor Generälen.“ Und vor Reservisten sagte sie, der Fall Franco A. sei „ein Schlag ins Gesicht der Tausenden, die tadellos anständig und vorbildlich jeden Tag ihren Dienst leisten.“ (FR, 18.5.17)

Ja, es gab auch Verständnis für die Ministerin. So erklärte der Vorsitzende des Verbands der Reservisten der Deutschen Bundeswehr. „Die Verteidigungsministerin greift hart durch, sprach von einer ‚Nulllinie‘. Das tut sie, weil sie den Ruf der Bundeswehr schützen will.“ (Erklärung von O. Veith v. 18.5.17) Das Ansehen der Bundeswehr darf nicht angekratzt werden. Genau darin sind sie sich alle einig, ob sie nun von der Leyen kritisieren oder nicht.

Konsequenzen werden nun gezogen, aber nicht gegen Nazis, sondern gegen... Refugees. Der Umstand, dass sich Franco A. als syrischer Flüchtling getarnt hat, wird zum Vorwand genommen, um 2.000 anerkannte Flüchtlinge aus Syrien oder Afghanistan zu überprüfen, also Menschen, die wirklich nichts mit dem Nazi Franco A. zu tun haben. Das erinnert sehr an die NSU-Nazi-Morde, die regelmäßig zur Folge hatten, dass die Opfer und ihre Angehörigen ins Visier der Behörden gerieten.

Die Bundeswehr – In der Kontinuität der Nazi-Wehrmacht aufgebaut

Die Behauptung, dass die Bundeswehr mit der Nazi-Wehrmacht nichts zu tun habe, erweist sich schon mit Blick auf die Gründung der Bundeswehr als Lüge.

Leicht zu beweisende Tatsache ist, dass generell – entgegen den Bestimmungen des Potsdamer Abkommens von 1945 – eine wirkliche „Entnazifizierung“, d.h. auch

Am Beispiel des ehemaligen Offiziers der Nazi-Wehrmacht Helmut Schmidt

In der nach Helmut Schmidt benannten Bundeswehr-Hochschule in Hamburg wurde ein Bild abgehängt, das diesen in Wehrmachtsuniform mit Hakenkreuz-Emblem zeigt. Dies ist in der aktuellen „Skandal“-Debatte umstritten. Als „normal“ gilt allerdings, dass die Hamburger Bundeswehr-Hochschule nach dem ehemaligen Kriegsminister und Bundeskanzler benannt ist. Er gilt als geradezu vorbildlich. Die in dem Buch von Sabine Pamperrien „Helmut Schmidt und der Scheißkrieg, Die Biografie 1918 bis 1945“ (München 2014) zusammengestellten Fakten zeigen allerdings sehr deutlich, in welcher Weise Schmidt tatsächlich für die Kontinuität deutscher Zustände von der Nazi-Herrschaft bis heute steht.(1)

1933 trat Schmidt freiwillig in die H.-J. Marine, eine Gliederung der HJ, ein. Noch vor seinem 21. Geburtstag wurde er am 1.10.1939 zum Feldwebel befördert. Am 1.2.1940 wurde er bereits zum Leutnant ernannt. Immer wieder äußerte er seinen Wunsch, an die Front zu kommen. So teilte er mit, dass er sich 1941 „bewarb, zur kämpfenden Truppe versetzt zu werden.“ (2) Sein Wunsch erfüllte sich. Am 25.8.1941 kam er nach Pskow zur Heeresgruppe Nord. Von dort aus wurde die gesamte Logistik des mörderischen Großangriffs und der Belagerung von Leningrad organisiert. In seinen „Erinnerungen“ werden die ungeheuerlichen Verbrechen der Nazi-Wehrmachts-einheiten, denen Schmidt angehörte, nahezu ausgeblendet: „tagsüber taten wir das, was uns befohlen war, und so auch ich: Es brauchte niemand hinter mir zu stehen, um mich zu beaufsichtigen; ich tat von mir aus, was ich für meine soldatische Pflicht hielt.“ (3) Schmidt kam dann zur Heeresgruppe Mitte, die sich bei der Umsetzung der verbrecherischen Befehle und bei der Unterstützung und Durchführung des Genozids an der jüdischen Bevölkerung der eroberten Gebiete besonders hervorgetan hatte und dabei aufs engste mit den SS-Einsatzkommandos kooperierte. Einmal schreibt Schmidt: „Ich erinnerte mich an den Geruch im brennenden Sytschowka, an die Leichen an den Straßenrändern; meine Batterie hatte immer wieder Befehl bekommen, mit 2-cm-Flakgeschützen die Dörfer in Brand zu schießen, um feindliche Widerstandsnester an den Dorfrändern auszuräuchern.“(4) Nach Görings Rede vom 30.1.1943, in der dieser die Niederlage bei Stalingrad bestätigte, schrieb Schmidt in seinen Taschenkalender: „Charaktervolle Rede Hermann Görings zum 30. Januar.“(5) Im Oktober 1943, als Schmidt zurück in Berlin war, wurde ihm in seiner turnusmäßigen Be-

urteilung „einwandfreie nationalsozialistische Haltung“ bescheinigt.(6) Schmidt will wieder an die Front. „Wenn man nur mitkämpfen könnte“, schrieb er in seinen Taschenkalender (S. 252). Schmidt identifizierte sich in „wir“-Form mit der massenmordenden Nazi-Wehrmacht. So notierte er am 31.8.1944 in seinen Taschenkalender: „wir sind dabei, in einem Blitzkrieg den gesamten Westen wieder zu verlieren.“ (S. 254) Schmidt gehört dann auch zu den Auserwählten, die als Zuschauer beim „Volksgerichtshof“-Prozess gegen die Gruppe um Staufenberg dabei sein durften. Anfang Januar wurde Schmidt zum Kampfeinsatz an die Westfront versetzt. In einer weiteren turnusmäßigen Beurteilung war ihm Mitte 1944 nochmals bescheinigt worden: „nationalsozialistische Haltung tadellos.“ (7) Schmidt erhielt in Frankreich an der Front eine führende Rolle. Er befehligte mehrere Offiziere, Unteroffiziere und zahlreiche Mannschaften. Einer seiner untergebenen Offiziere berichtete in Feldpostbriefen begeistert vom neuen Chef. Schmidt mache „alles mit einem Tempo, das einem zuerst den Atem verschlägt.“ (8) Am 24. April 1945 wurde Schmidt von britischen Soldaten gefangen genommen. Seit 1937 Teil der Nazi-Wehrmacht, seit 1941 mitten in den mordenden Nazi-Truppen verbreitet Schmidt dann auch noch die Lüge: „Seit 1937 bin ich jedem bewussten NS-Einfluss so gut wie entzogen gewesen.“(9)

Nach der militärischen Niederlage mutierte Schmidt blitzschnell zum Sozialdemokraten. Als Grund nannte er ausge-rechnet die in der Nazi-Wehrmacht, im Nazi-Krieg erfahrene „Kameradschaft“. Er redet von „der von mir erfahrenen Notwendigkeit von Kameradschaft oder Solidarität oder Brüderlichkeit – das waren für mich Synonyme, verschiedene Namen für dasselbe Prinzip.“ (10)

Als die Bundeswehr 1956 geschaffen wurde, wurden bei Personalentscheidungen Bewerber, die aus dem Kreis um Staufenberg bzw. dem militärischen Widerstand gegen die Nazis kamen übergegangen (wie z. B. von Gersdorf, der schon früh gegen den Kommissarbefehl protestiert hatte). Sie wurden als „Verräter“ behandelt. Da passt ins Bild, dass Helmut Schmidt 1956 erklärte, dass er als Zuschauer beim 20.-Juli-Prozess gewesen war, wo ihm die Angeklagten „nicht gefallen“ hätten.(11)

Nach 1945 beschwor Schmidt immer wieder die alte „Kameradschaft“ mit den ehemaligen Wehrmachtsangehörigen. Und dies erstreckte sich ausdrücklich auch auf die Waffen-SS. Immer wieder trat er bei Veranstaltungen der „Hilfsge-

meinschaft auf Gegenseitigkeit“ der ehemaligen Waffen-SS“ („HIAG“) auf. Helmut Schmidt hielt dort mehrere Vorträge bei der HIAG, bevor sich das SPD-Präsidium zu Gesprächen mit der „HIAG“ und Teilnahme an deren Veranstaltungen bereit erklärte. Im Bundestagswahlkampf 1953 sprach Schmidt dann bei einer 1200-köpfigen Versammlung der Hamburger „HIAG“. Auch im Bundestagswahlkampf 1957 trat Schmidt mehrmals bei der „HIAG“ auf. Acht Jahre später erinnerte ein Teilnehmer in einem Brief an Schmidt 1965 an dessen damaligen Redebeitrag: „Die Worte des Redners der SPD sind mir noch im Ohr, als wäre es gestern gewesen. Er sagte: ‚Ich habe selbst den Krieg im Osten als Oberleutnant in einer Heeresdivision mitgemacht, und ich stehe nicht an, Ihnen, meine Kameraden von der Waffen-SS, zu erklären, wenn wir damals in Russland wussten, rechts oder links von uns, oder vor uns liegt eine Division der Waffen-SS, dann konnten wir ruhig schlafen.‘ Dieser Redner waren Sie, Herr Senator.“ Unter dem Schreiben befindet sich dazu ein handschriftlicher Vermerk Schmidts: „nach wie vor meine Meinung“. (12)

1965 hatte der Bundestag eine Gesetzesnovelle verabschiedet. Damit wurden die Ansprüche der SS-Angehörigen auf „Gleichbehandlung“ mit den Angehörigen der Wehrmacht zurückgewiesen. Kurz danach sandte Schmidt ein Schreiben an das Jahrestreffen der „HIAG“, er werde auch bei seiner „zukünftigen Arbeit im Bundestag versuchen, für gleichmäßige Gerechtigkeit zugunsten aller ehemaligen Soldaten zu wirken“, also auch der Waffen-SS. Dieses Schreiben wurde beim „HIAG“-Treffen vorgelesen. Danach wurde ein als Nazi-Kriegsverbrecher verurteilter SS-General auf der Veranstaltung mit Ovationen begrüßt.

Quellen

(1) Sofern nicht anders angegeben sind alle Angaben entnommen aus: Sabine Pamperrien: Helmut Schmidt und der Scheißkrieg, Die Biografie 1918 bis 1945, München 2014 (2) Helmut Schmidt/Loki Schmidt: Kindheit und Jugend unter Hitler, Berlin 2012, S.250 (3) Ebenda, S. 251 (4) Helmut Schmidt: Von Menschen und Mächten, Berlin 1986, S.20f. (5) Zitiert nach Hartmut Soell: Helmut Schmidt 1918-1969, Vernunft und Leidenschaft, München 2003, S.138 (6) Kriegsbeurteilung zum 1.10.1943, zitiert nach Sabine Pamperrien, a.a.O., S.247f (7) Zitiert nach H. Soell, a.a.O., S.62 (8) Zitiert nach S. Pamperrien, a.a.O., S. 265 (9) H. Schmidt/L. Schmidt: Kindheit und Jugend unter Hitler, a.a.O., S.239 (10) Ebenda, S.266 (11) Helmut Wolfgang Kahn: Helmut Schmidt. Fallstudie über einen Populären, Hamburg 1973, S.17 (12) Zitiert nach S. Pamperrien, a.a.O., S.286

Offizielle Bekanntmachungen zur Wiederverwendung der SS-Offiziere

„Allgemeine Ausnahmegenehmigung für das Überspringen von Dienstgraden durch Soldaten.“

Der Bundespersonalausschuß hat in seiner Sitzung am 2. August 1955 beschlossen (Beschluß Nr. 363/55):

„Auf Grund des § 27 Absatz 4 Satz 3 des Soldatengesetzes (SG) vom 19. März 1950 (BGBl. I S. 118) wird für die Festsetzung des Dienstgrades bei der Ernennung zum Berufssoldaten oder Soldaten auf Zeit (§ 50 Absatz 1 SG) eine allgemeine Ausnahme von der Vorschrift des § 27 Absatz 4 Satz 2 SG mit der Maßgabe zugelassen, daß

a) die Ernennung mit einem Dienstgrad in der Bundeswehr dem innegehabten Dienstgrad oder Amt

1. im Beamtenverhältnis der früheren Wehrmacht,

2. im Polizeivollzugsdienst,

3. im Zolldienst,

4. im Reichsarbeitsdienst,

5. in der Waffen-SS

entspricht oder nicht um mehr als einen Dienstgrad darüber liegt.

b) die Ernennung mit einem Dienstgrad in der Bundeswehr der vergleichbaren Ausbildung und Tätigkeit als deutscher Angehöriger einer „Dienstgruppe“ der alliierten Streitkräfte entspricht.

Als Vergleichsmaßstab gilt:

1. für die Beamten der früheren Wehrmacht (außer Ingenieurkorps der Luftwaffe), des Polizeivollzugsdienstes und des Zolldienstes die Einreihung in die Besoldungsgruppen der Reichsbesoldungsordnung A und B, wobei Zwischengruppen, die für Soldaten nicht vorgesehen sind, der nächsthöheren vergleichbaren Besoldungsgruppe zugerechnet werden;

2. für die früheren Beamten des Ingenieurkorps der Luftwaffe (Besoldungsordnung I) die Tabelle der Anlage D zu § 43 G 19;

3. für die Angehörigen des ehemaligen Reichsarbeitsdienstes die Tabelle der Anlage C zu § 55 Absatz 2 G 19;

4. für die Angehörigen der ehemaligen Waffen-SS nachstehende Tabelle.

Vergleichbare Dienstgrade der Waffen-SS

SS-Mann	Grenadier
Staffelmann	
Staffelanwärter	
SS-Sturmmann	Günreiter
SS-Rotenführer	Obergünreiter
SS-Unterscharführer	Unteroffizier
SS-Scharführer	Stabsunteroffizier
SS-Oberscharführer	Feldwebel
SS-Hauptscharführer	Oberfeldwebel
SS-Sturmscharführer	Stabsfeldwebel
SS-Standartenjunker	Fähnrich
SS-Untersturmführer	Leutnant
SS-Obersturmführer	Oberleutnant
SS-Hauptsturmführer	Hauptmann
SS-Sturmabführer	Major
SS-Obersturmbannführer	Oberleutnant

Bei der Bewilligung der Ausnahme zu Buchstabe a Nr. 5 hat sich der Bundespersonalausschuß die Grundzüge in Abschnitt B III Nr. 3 und 4 der Richtlinien des Personalgutschersenausschusses für die Streitkräfte vom 13. Oktober 1955 für die Prüfung der persönlichen Eignung der Soldaten vom Oberleutnant an abwärts zu eigen gemacht.

† Ministerialblau des Bundesministers für Verteidigung, Bonn 1.8.55, Nr. 1

eine konsequente Entfernung der Nazigrößen aus allen Schlüsselpositionen des westdeutschen Staates und der Gesellschaft nicht stattgefunden hat. Im Gegenteil: der westdeutsche Imperialismus führte nicht nur die Geschäfte der deutschen Bourgeoisie unter Führung derselben Konzerne wie Deutsche Bank, Siemens, Krupp, Thyssen und derselben Vertreter des deutschen Monopolkapitals wie z.B. Abs, Krupp und Flick weiter, sondern sorgte ebenso für eine personelle Kontinuität in allen wichtigen Bereichen der Politik, Justiz, Bürokratie, Schule sowie auch bei Militär und Polizei sowie den „zivilen“ und militärischen Geheimdiensten. Im ersten Bundestag bestand die Mehrheit der Abgeordneten aus Mitgliedern der Nazi-Partei. Im Bundeskabinett amtierten im Lauf der Jahre 26 Minister und ein Bundeskanzler, die vor 1945 Mitglied der NSDAP, SA, SS oder Gestapo gewesen waren. (1)

Das gilt in besonderem Maß für die Bundeswehr. Diese wurde 1955 fast ausschließlich von Offizieren und Unteroffizieren aufgebaut, die in der Nazi-Wehrmacht dem deutschen Imperialismus und Faschismus bis zuletzt treu gedient hatten. Nicht nur Offiziere und Soldaten der verbrecherischen Nazi-Wehrmacht wurden in die Bundeswehr aufgenommen, sondern auch ehemalige Mitglieder der „Waffen-SS“. Alle bis 1957 ernannten 44 Generäle kamen aus der Nazi-Wehrmacht, 1959 befanden sich unter 14.900 Berufssoldaten 12.360 Wehrmachts-

offiziere, 300 stammten aus dem Führungskorps der Waffen-SS. Deren „Erfahrungsschatz“ aus der nazifaschistischen Kriegsführung wurde damit in den Dienst der Bundeswehr gestellt. Im Wehrpflichtgesetz von 1956 wurde ausdrücklich festgelegt, dass auf „militärisch-fachliches Können aus der Vergangenheit zurückzugreifen“ ist (§54) und dass die Soldaten der früheren „Wehrmacht“ entsprechend ihrem letzten Dienstgrad eingezogen werden (§36). Selbst ehemalige Mitglieder der Waffen-SS wurden entsprechend ihrem früheren Dienstgrad in die Bundeswehr übernommen. Damit wurde sehr deutlich gemacht, dass die Bundeswehr sich als Fortsetzer der faschistischen Nazi-Wehrmacht begreift. Über Jahrzehnte wurde damit die „Ausbildung“ in die Hände jener Offiziere gelegt, die ihre „Erfahrungen“ beim Morden der Nazi-Wehrmacht erworben hatten und nun an die nächste Generation weitergaben.

Eindeutig und klar kommt diese Kontinuität auch in den Namen zahlreicher Bundeswehr-Kasernen zum Ausdruck, was im Zusammenhang mit dem jüngsten „Skandal“ um das Nazi-Netzwerk in der Bundeswehr wieder in den Focus geraten ist.

Tatsächlich wurden besonders gerne „verdiente“ Generäle der Naziwehrmacht als Namensgeber genommen. So beispielsweise die Eduard-Dietl-Kaserne in Füssen. Dietl galt als „Muster-General“ Hitlers. Er war schon 1920 am Kapp-Putsch und 1923 an

Hitlers Putschversuch in München beteiligt. Im zweiten Weltkrieg führte er als General die Nazitruppen bis vor Murmansk in der Sowjetunion. Dietls Bundeswehr-Generalskamerad, der Kommandeur der Füssener Dietl-Kaserne, äußerte noch 1992 unverhohlen seine Bewunderung für diesen Kriegsverbrecher: Dietl sei „ein gutes Beispiel für soldatische Tugenden“ (FR 14.7.92). Weitere Nazi-Wehrmachtsgeneräle, nach denen Kasernen benannt wurden, sind – unter anderem – Wilhelm von Leeb (Heeresgruppenchef bei der Aggression gegen die Sowjetunion), Hasso von Manteuffel (Chef der Division „Großdeutschland“), Wolfram von Richthofen (Stabschef der „Legion Condor“, die die spanische Stadt Guernica zerbombte). Die Namen dieser und vieler anderer verbrecherischer Größen der elenden deutschen Geschichte werden nicht einfach so den Kasernen als Namen verliehen. Sie sind Ausdruck dessen, wie konkret Mord und Genozid als „soldatische Tugend“ verkauft wird!

Es bedurfte in den letzten Jahren massiver Kampagnen, um in Einzelfällen die Umbenennung von Kasernen zu erreichen. Zahlreiche Namen von Nazi-Wehrmachts-Namen sind nur verschwunden, weil die Kasernen geschlossen wurden. Noch immer sind aber eine Reihe von Kasernen nach Generälen der Nazi-Wehrmacht benannt, so zwei „Generalfeldmarschall-Rommel“-Kasernen in Augustdorf und in Dornstadt, die Lent-Kaserne in Rotenburg, die Schulz-/Lutz-Ka-

serne in Munster. Dazu kommt die Hindenburg-Kaserne in Munster, die ihren Namen vom dem Mann hat, der 1933 Hitler zum Reichskanzler ernannt hat.

Bezeichnend ist, dass die deutsche Kriegsministerin von der Leyen aktuell in Augustdorf ausdrücklich daran festhält, die dortige Kaserne weiterhin nach dem General der Nazi-Armee Rommel zu benennen (Neues Deutschland, 12.6.17), der in in Polen, Frankreich, Libyen, Ägypten und Tunesien sowie in Italien Krieg für die Völkermord- und Weltherrschaftsziele des Nazifaschismus führte.

Spielarten der Wehrmachts-„Traditionspflege“

Beim aktuellen „Bundeswehr-Skandal“ geht es auch um die ideologische Auseinandersetzung, wie sich die Bundeswehr zur Nazi-Wehrmacht zu positionieren habe. Aufschlussreich ist ein Blick auf die Windungen und Wendungen der „Debatten“ um die „Traditionspflege“ der Bundeswehr seit ihrer Entstehung.

Bereits im Oktober 1950 traf sich Adenauer mit führenden Militärs der Nazi-Armee und formulierte als Bedingung dafür, dass die „alten Kameraden“ die Bundeswehr aufbauen: „Einstellung jeder Diffamierung des deutschen Soldaten (einschließlich der im Rahmen der Wehrmacht seinerzeit eingesetzten Waffen-SS) und Maßnahmen zur Umstellung der öffentlichen Meinung im In- und Ausland.“ (2)

Die offene Verherrlichung der Nazi-Wehrmacht innerhalb und außerhalb der Bundeswehr, sei es in Millionen von „Landser“-Heften, sei es in unzähligen „Erinnerungs“-Büchern von Generälen der Nazi-Armee, sei es in Dutzenden von Kasernen, die – wie gezeigt – nach Nazi-Kriegsverbrechern benannt wurden, stand zunächst eindeutig im Vordergrund. Schon bald gab es in Westdeutschland mehr als 2.000 „Traditionsvereine“ von Nazi-Wehrmacht und Waffen-SS.(3)

Allerdings lässt sich innerhalb der Bundeswehr von Anfang an eine Art propagandistische Doppeltaktik feststellen. So sprach der ehemalige Inspekteur der Bundeswehr Baudissin schon in den Fünfzigerjahren von der „Gnade des Nullpunktes“, womit er jegliche Verbindung zur Nazi-Wehrmacht ebenso wie irgendwelche Schuld oder Verantwortung für deren Verbrechen leugnete. Die Oberhand behielten zunächst allerdings die offen militaristischen Propagandisten.

Um das internationale Erscheinungsbild und Image der Bundeswehr zu verbessern, wurde ab den 70er und 80er Jahren von einigen Politikern allerdings die Taktik des Wandels eingeschlagen. Das neue Leitbild vom „Bürger in Uniform“ wurde verkündet,

die „innere Führung“ gepriesen und das Bild von der „demokratischen Parlamentsarmee“ gezeichnet. Unter dem SPD-Kriegsminister Apel wurde 1982 der bis heute „gültige“ sogenannte „Traditionerlass“ erlassen. (4) Darin heißt es: „Ein Unrechtsregime, wie das Dritte Reich, kann Tradition nicht begründen.“ Bestimmte „Traditionen von Truppenteilen ehemaliger deutscher Streitkräfte“ sollten nicht mehr verwendet werden. Was davon zu halten ist, zeigt schon die Tatsache, dass das von der Nazi-Wehrmacht verwendete „Eiserne Kreuz“ – so wörtlich – „als nationales Erkennungszeichen und als Sinnbild für Tapferkeit, Freiheitsliebe und Ritterlichkeit“ ebenso beibehalten wird wie der „Große Zapfenstreich“ als „Ausdruck des Zusammengehörigkeitsgefühls“.

Vor allem aber wurde in diesem Erlass die große Lüge über die Nazi-Wehrmacht festgeschrieben: „In den Nationalsozialismus waren Streitkräfte teils schuldhaft verstrickt, teils wurden sie schuldlos missbraucht.“ In Wirklichkeit war die deutsche Wehrmacht eine nazifaschistische Armee und in keinerlei Weise oder Hinsicht „schuldlos“. In untrennbarer Verbindung mit der SS führte die Nazi-Wehrmacht einen Vernichtungskrieg für die mörderischen Ziele des Nazi-

Faschismus. Ja die Nazi-Armee war sogar der entscheidende Hebel, das entscheidende Herrschaftsinstrument, um in den überfallenen und besetzten Ländern die Nazi-Verbrechen bis hin zum Genozid an der jüdischen Bevölkerung sowie den Sinti und Roma zu ermöglichen.

„Schuldlos missbraucht“, das war und ist denn auch die Formel, um die Soldaten der Nazi-Wehrmacht dann doch sogar noch zu Vorbildern zu stilisieren. Klaus Naumann, der von 1991 bis 1996 Generalinspekteur der „Bundeswehr“ war, schrieb 2001 in der nazistisch-orientierten Wochenzeitung „Junge Freiheit“: „Ich habe als Generalinspekteur ... deutlich herausgestellt, dass die Soldaten der Wehrmacht, die ehrenhaft gehandelt haben, als Personen für die Soldaten der Bundeswehr durchaus Vorbildcharakter haben können.“ (5) Der damalige Kriegsminister Volker Rühle erklärte 1995 ebenso: „Nicht die Wehrmacht, aber einzelne Soldaten können traditionsbildend sein, (...) auch viele Soldaten im Einsatz an der Front.“ (6)

Um die Bundeswehr öffentlichkeitswirksam von der Nazi-Tradition abzugrenzen und ins rechte „demokratische“ Licht zu rücken, wurde schließlich damit begonnen,

Anzeige



In der ersten Schrift liegt der Schwerpunkt auf einem gedrängten Überblick über Besonderheiten der deutschen Geschichte, über die verbrecherische Geschichte des reaktionären preußischen Staates und des deutschen Imperialismus. In der theoretischen Arbeit von Alfred Klahr, die er 1944 im KZ Auschwitz verfasst hat, steht die Mitschuld der deutschen Bevölkerung an den Verbrechen des Nazifaschismus im Mittelpunkt, deren Verpflichtung zur Entschädigung sowie die solidarische Kritik am Kampf der KPD gegen den deutschen Nationalismus.
130 Seiten, Offenbach 1997,5 €
ISBN 978-3-932636-13-4

Zu bestellen bei:
Verlag Olga Benario und Herbert Baum, Postfach 102051, D-63020 Offenbach
www.verlag-benario-baum.de / info@verlag-benario-baum.de



Im Mittelpunkt dieses Buchs steht der Befreiungskrieg der sozialistischen UdSSR, ihrer Roten Armee, der sowjetischen Partisanen und der Völker der UdSSR gegen den deutschen Imperialismus und seine Nazi-Truppen mit ihren Verbündeten. Das Buch soll ein Beitrag sein, die gewaltigen Erfahrungen des Kampfes der sozialistischen Sowjetunion unter Führung Stalins, ihre politischen, ideologischen, militärischen und auch ökonomischen Erfahrungen umfassend auszuwerten und zu verteidigen.
155 Seiten, Offenbach 2005, 12 €
ISBN 978-3-86589-035-1

öffentliche Gelöbnisse und Kranzniederlegungen jeweils am 20. Juli an der „Gedenkstätte Deutscher Widerstand“ durchzuführen, die an die Gruppe um Oberst Stauffenberg und das Attentat auf Hitler vom 20. Juli 1944 erinnert. Geflissentlich vertuscht wird dabei, dass jene Kräfte bis dahin in großem Umfang ebenfalls maßgeblich an den Nazi-Verbrechen beteiligt waren und dass deren Ziele sich im Rahmen von Rettungsplänen des deutschen Imperialismus bewegten, um den Nazi-Staat im Inneren zu konservieren und erobertes Territorium in größtmöglichem Umfang in Besitz zu halten. (7) Bezeichnend ist, mit welchem Hass im Kontrast dazu in all den Jahrzehnten die Deserteure der Nazi-Wehrmacht überzogen, wie sie verunglimpft und ausgegrenzt, ihre gerechten Entschädigungsforderungen abgelehnt wurden!

1985 erfolgte in Bitburg durch die Ehrung der Gräber von SS-Mördern durch den damaligen Bundeskanzler Kohl die faktische Rehabilitierung der nazifaschistischen Wehrmacht und der Waffen-SS. In der Verteidigung des Bitburg-Besuches gegen massive Proteste vor allem jüdischer Menschen und Organisationen wurden im Grunde all die altbekannten Argumente, insbesondere aus den 50er Jahren, massiv wieder hervorgeholt, um die nazifaschistische Wehrmacht und die Waffen-SS zu „Opfern“ zu erklären.

Alljährlich trafen und treffen sich in Mittenwald zu Pfingsten ehemalige Angehörige der Nazi-Wehrmacht, der Waffen-SS und alle möglichen Nazis, aber auch offizielle Bundeswehr-Vertreter. Dort erklärte 1992 nicht irgendwer, sondern der damalige Generalinspekteur und Vier-Sterne-General der Bundeswehr Klaus Naumann sogar ganz ohne Einschränkungen: „Wehrmacht – das ist ohne Frage gleichzusetzen mit jener vorzüglichen Truppe, die Unvorstellbares im Krieg zu leisten und zu erleiden hatte und die für Bewährung in äußerster Not steht, für Erinnerungen an und Verehrung von Vorgesetzten, für Kameraden- und Opfertod.“ (8)

Die Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht“ hat seit 1995 den Mythos von der zumindest teilweise „unschuldigen“ und „sauberen“ Nazi-Wehrmacht in breiter Öffentlichkeit widerlegt und entlarvt. Das rief einen Proteststurm offener Militaristen und der Nazis hervor. So kritisierte der Brigadegeneral Erich Vad, der bis 2013 einflussreicher General und oberster Militärberater von Bundeskanzlerin Merkel war und auch Artikel in der Nazi-Wochenzeitung „Junge Freiheit“ verfasste, die Ausstellung, indem er offen Verbrechen der Nazi-Wehrmacht rechtfertigte: „vieles, was damals – insbesondere im Partisanenkrieg und bei Repressalien sowie Geislerschießungen – geschah“, sei angeblich „vom damaligen

Kriegsrecht gedeckt“ gewesen (FR 12.5.17).

Am 1. September 1995, dem Jahrestag des Nazi-Überfalls auf Polen, 50 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges, begann dann in Ex-Jugoslawien der erste direkte und offene Kriegseinsatz der Bundeswehr, dem schon bald weitere folgten. Nun wurden die Stimmen lauter, die erklärten, die Bundeswehr als „Armee im Einsatz“ könne und dürfe bei ihren Kriegseinsätzen nicht auf die „Erfahrungen“ der Nazi-Wehrmacht verzichten. So forderte Brigadegeneral a.D. Günter Roth, der bis 1995 Leiter des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes war, 1999 ein Ende der „Vergangenheitsbewältigung“ und warf offen die Frage auf, „ob eine Einsatzarmee – ohne auf die zeitgemäße Umsetzung der militärischen Erfahrungen der Wehrmacht im Sinne kritisch auswählenden Traditionsverständnisses zurückzugreifen – ihre Kampfaufträge erfüllen kann.“ (9)

Um neuen Nachwuchs für die Truppe zu gewinnen und das Image der „Bundeswehr“ zu verbessern, wird gegenwärtig vor allem das Bild einer „modernen Armee“ verkauft. Allzu offene Verherrlichung der Nazi-Wehrmacht passt da momentan nicht recht ins

Bild. Doch dies kann sich blitzartig ändern und in offen militaristische Hetze umschlagen, wenn der „Feind“ deutsche Soldaten bei Kriegseinsätzen „aus dem Hinterhalt“ angreift und tötet. Einen Vorgeschmack hat die an Goebbelsche Propaganda erinnernde Hetze anlässlich der deutschen Militärintervention 2002 in Albanien gegeben.

Ein weiteres Beispiel lieferte Brigadegeneral Reinhard Günzel, der bis 2003 Chef des Kommandos Spezialkräfte (KSK) war, die im Afghanistankrieg mit Kampfauftrag eingesetzt wurden. (Er musste dann entlassen werden, weil er sich durch Lob der jüdenfeindlichen Rede des CDU-Abgeordneten Hohmanns zu weit vorgewagt hatte.) Er verkündete offen seine in der Tradition der Nazi-Wehrmacht stehende Linie: „Das Selbstverständnis der deutschen Kommandotruppen“ habe sich „seit dem Zweiten Weltkrieg nicht geändert“. Er verlange von seiner Truppe Disziplin wie „bei der Waffen-SS“ (FR 12.5.17).

★★★

Die Geschichte zeigt: Je nach Situation steht mal mehr die sogenannte Traditions-

Militaristische Propaganda auf dem Vormarsch!

Die Schüler Goebbels' bei der Arbeit!



„Die Piere 7, 10 und 11 sind fest in deutscher Hand: grauer Stahl, Geschütze, Funkmasten und Flaggen mit dem Bundesadler, wohin das Auge blickt.“
(„Die Welt“ vom 28. Januar 2002 im Still einer Landeszeitung über deutsche Kriegsschiffe in Dachibout)

„Knackige Kommandos, gefolgt von infernalischem Lärm. Auftritt des Kampfpanzers Leopard 2. Ein Gegenstoß wie aus dem Nichts. 18 Mal 55000 Kilo Stahl donnern los und schießen alles zu Klump. Ende der Übung. Wir haben gewonnen. Fröhlich zuckt der Schnurrbart.“
(BZ am Sonntag, 10. März 2002, anlässlich eines NATO-Manövers mit deutschen Truppen in Polen)

Die internationalen militärischen Vorstöße, die mit ungeheurem Druck und in einem ungeheuren Tempo vorangetriebene Militarisierung in allen gesellschaftlichen Bereichen, die Gewöhnung der Bevölkerung an militärische Aggressionen und Kriege auf immer größerer Stufenleiter – all dies ist nur zu verstehen in der

Perspektive der nächsten 10 bis 20 Jahre. Mittelfristig geht es darum, die Bundeswehr mit einem gigantischen Aufrüstungsprogramm von über 110 Milliarden Euro in den nächsten fünf bis zehn Jahren in die Lage zu versetzen, „auf gleicher Augenhöhe“ mit den anderen imperialistischen Großmächten in

aller Welt groß angelegte Kriege zu führen. Dieses Ziel haben die deutschen Imperialisten offen verkündet. Doch geht es ihnen langfristig um weit mehr. Ihr langfristig verfolgtes Ziel besteht darin, nach zwei verlorenen Weltkriegen im nunmehr dritten Anlauf ihre weltweiten imperialistischen Ziele durchzusetzen.

Tod dem deutschen Militarismus, Revanchismus und Imperialismus!

Militaristische Hetze anlässlich der Bundeswehr-Militärintervention in Albanien 2002 (GDS-Plakat von 2002)

pflege und mal die Behauptung im Vordergrund, dass die heutige Bundeswehr nichts, aber auch gar nichts mehr mit der Nazi-Wehrmacht zu tun habe. Um nicht überrascht zu werden, ist wichtig zu verstehen, dass beide Spielarten der militaristischen Propaganda im Grunde immer gleichzeitig laufen, manchmal sogar von den gleichen Ideologen, manchmal von verschiedenen Teilen. Für die antimilitaristischen, für die revolutionären Kräfte heißt das, sich eben für alle Spielarten und Wechselfälle zu wappnen.

Umso wichtiger ist es, die Realität trotz aller Streitereien um das Image der Bundeswehr in den Mittelpunkt zu stellen. Was hat es mit den Nazi-Netzwerken in der Bundeswehr auf sich? Was macht die Bundeswehr aktuell wirklich und was bereitet sie für die Zukunft vor?

Nazis mitten in der Bundeswehr

Nazis in der Bundeswehr, das ist schon seit Jahrzehnten „normal“. Hier nur einige Fakten.

■ Schon kurz nach Gründung der NPD 1967 hatte diese Nazi-Partei nach eigenen Angaben rund 1500 Mitglieder in der Bundeswehr, davon die Hälfte Unteroffiziere sowie 250 Offiziere (Der Spiegel 2/68, S.29). Für den Brigadegeneral Hermann K. Friedrich war das „kein Grund zur Unruhe“. Vier namentlich bekannte NPD-Bundeswehr-Offiziere waren öffentlich als Urheber des NPD-„Wehrprogramms“ bekannt, in dem unter anderem die Bildung eines deutschen Generalstabs sowie die Wiedereinführung der Militärgerichtsbarkeit gefordert wurde.

■ In den 70er Jahren entwickelte sich die nazistische „Wehrsportgruppe Hoffmann“ (WSG) unter den Augen und mit Unterstützung des westdeutschen Staats zu der gefährlichsten Nazi-Mörderbande. Die WSG wurde 1973 gegründet. Sie existierte bis zu ihrem Verbot 1980. Die WSG trat offen auf und hielt wöchentlich militärische „Manöver“ ab – unter den Augen dieses Staats, mit seiner Billigung und mit hervorragenden Kontakten zur Bundeswehr. Sie hatte etwa 500 Mitglieder und fungierte als Saalschutz bei Naziveranstaltungen der NPD und der DVU. Im Oktober 1980 verübte das WSG-Mitglied Gundolf Köhler einen Bombenanschlag auf das Münchner Oktoberfest, bei dem 13 Menschen starben und 200 zum Teil schwer verletzt wurden. Am 19. Dezember 1980 wurden der jüdische Verleger und ehemalige Vorsitzende der Israelitischen Kultusgemeinde Nürnberg, Shlomo Levin, und seine Lebensgefährtin Frieda Poeschke in Erlangen von Uwe Behrendt, einem Mitglied der WSG, ermordet.

■ Bei der Beerdigung des höchstdekorierten Soldaten der Nazi-Wehrmacht Rudel, der bis zu seinem Tod im Dezember 1982

in internationalen Nazi-Netzwerken agierte und auch für deutsche Unternehmen wie Siemens in Südamerika „tätig“ war, zogen zwei Phantom-Jäger der Bundeswehr vor den annähernd 2000 beim Begräbnis versammelten Nazis eine sich merkwürdig kreuzende und knickende Linie am Himmel, die unschwer als Hakenkreuz zu erkennen war. Die Bundeswehr-Führung stellte sich unwissend, obwohl bekannt war, dass zur fraglichen Zeit die 1. Staffel des Aufklärungsgeschwaders 51 „Immelmann“ im Einsatz war, das Rudel bereits 1976 zu einem „Kameradschaftstreffen“ eingeladen hatte (Der Spiegel 1/83, S.65f).

■ Der Nazi Manfred Roeder unterhielt enge Verbindungen zur Bundeswehr. Roeder hatte Anfang der 1980er Jahre den Aufbau der Nazi-Organisation „Deutsche Aktionsgruppen“ vorangetrieben. Diese verübten unter anderem in Hamburg und Baden-Württemberg Nazi-Bombenanschläge, bei denen zwei Menschen ermordet und mehrere verletzt wurden. 1982 wurde Roeder zu 13 Jahren Gefängnis verurteilt, aber bereits 1990 wieder entlassen. In den 1990er-Jahren verübte Roeder in Erfurt gemeinsam mit weiteren Nazis einen Farbanschlag auf die Ausstellung über die Verbrechen der Nazi-Wehrmacht. Roeder hatte enge Verbindungen zu den NSU-Nazi-Mördern, die auch bei seinem Prozess im Jahr 1996 teilnahmen. Insbesondere verfügte Roeder auch über enge Verbindungen zur Bundeswehr. Im Juni 1994 stellte das deutsche Kriegsministerium Roeder per Bescheid unentgeltlich Militärausrüstung für sein Nazi-Germanisierungsprojekt „Deutsch-Russisches Gemeinschaftswerk – Förderverein Nord-Ostpreußen“ in Kaliningrad zur Verfügung, darunter einen VW Iltis, einen Kleinlaster und einen VW-Kübelwagen. 1995 durfte der verurteilte Nazi-Mörder an der Hamburger Führungsakademie dann sogar einen Vortrag halten, den sich sämtliche Offiziere per Befehl anzuhören hatten. Vom deutschen Kriegsministerium und vom deutschen Außenministerium wurde dieser „Skandal“ – wie immer – herabgespielt. (10)

■ Auch die NSU-Mörder bekamen in der Bundeswehr ungestört trotz offener Nazi-Gesinnung eine Ausbildung, wie man mit Waffen umgeht. Z.B. Uwe Mundlos. Er war von April 1994 bis März 1995 in der Kyffhäuser-Kaserne im thüringischen Bad Frankenhausen stationiert. Er ist damals mindestens zweimal wegen seiner nazistischen Gesinnung aufgefallen und „zur Belohnung“ sogar zweimal befördert worden! (Spiegel-Online, NSU-Mörder Mundlos: Wie die Bundeswehr den Neonazi gewähren ließ, 1.10.2012)

■ Da es in der Bundeswehr seit ihrer Gründung schon „Tausende Neonazivorfälle“ gab, setzte der Bundestag 1998 einen Untersuchungsausschuss ein. Ein Gutachter kam

zum Ergebnis, dass zwei bis drei Prozent der Bundeswehrangehörigen „dem äußersten rechten Spektrum“ zuzuordnen seien. Das waren damals also bis zu 10.000 Mann, die klar Nazis waren (Der Spiegel 20/17, S.31).

■ Aktuell aufgefliegen ist, dass an der Bundeswehrhochschule in München, welche etwa die Hälfte des Offiziersnachwuchses ausbildet, ein Nazi-Netzwerk besteht, das möglicherweise auch direkt mit Franco A. in Verbindung stand. Bereits 2011 haben nazistisch orientierte Kräfte, die in diversen Nazi-Organen schreiben, die Studierendenzeitschrift „campus“ überKRIEGnommen. Versuche der Universitätsleitung, diesen Image-schädigenden Zustand zu verhindern, scheiterten damals an den Studierenden, die sich mit großer Mehrheit hinter die Nazi-Redakteure stellten. (11) Eine aktuelle Befragung des Offiziersnachwuchses an den Universitäten der Bundeswehr ergab, dass 13 Prozent eine „Nähe zu rechtem Gedankengut“ haben, 38 Prozent stimmten zu, Deutschland solle „wieder von einer starken Elite geführt werden“ (Der Spiegel 19/17, S.13ff).

■ Selbst der MAD musste aktuell 280 Fälle mutmaßlicher Nazis in der Bundeswehr bekannt geben. 2016 kamen 118 „rechtsextreme Verdachtsfälle“ hinzu. Allein in den ersten vier Monaten 2017 wurden 100 neue „mutmaßliche Rechtsextremisten“ in der „Bundeswehr“ registriert. Mit Folgen müssen die Soldaten in den meisten Fällen ohnehin kaum rechnen. So hatte das Einstellen eines Soldatenfotos in WhatsApp mit Maschinengewehr im Anschlag und der Unterschrift: „Das schnellste deutsche Asylverfahren, lehnt bis zu 1.400 Anträge in der Minute ab!“ keine Konsequenz. Die Staatsanwaltschaft stellte das Verfahren ein. Wird dann und wann einmal „durchgegriffen“, dann geht es in erster Linie um die Wahrung des „sauberen“ Images der Bundeswehr nach außen.

Die Zukunftspläne des deutschen Militärs: Krieg

Die Geschichte des deutschen Militärs ist gekennzeichnet von Eroberungskriegen, Niedermetzelung der revolutionären proletarischen Bewegung, beispiellosen Verbrechen an der Zivilbevölkerung der kolonialisierten und überfallenen Länder, Massenmord, Genozid. Die deutschen Militärs sind schon lange wieder im „Einsatz“: In Mogadischu, der Hauptstadt von Somalia, wurde 1977 die erste militärische Operation westdeutscher „Elitetruppen“ (GSG9) „erfolgreich“ durchgeführt. Seit 1995 führt die Bundeswehr im Ausland Kriegseinsätze durch, hWat ein immer weiter ausgedehntes System von Militärstützpunkten und Militäreinsätzen weltweit geschaffen. Die Bundeswehr wurde und wird weiterhin zu einer „schlagkräftigen Interventionsarmee“ aus-

gebaut. Dies geht einher mit zunehmender Militarisierung der Gesellschaft innen, insbesondere der Vernetzung der Bundeswehr und Betrieben, Krankenhäusern und anderen Infrastruktureinrichtungen. Unstrittig die



Nazi-Hetze eines Bundeswehr-Angehörigen im Internet

Perspektive nach innen: Der Ausbau zur effektiven Bürgerkriegsarmee zwecks Sicherung des Kapitalismus im Inneren!

Und die Pläne des deutschen Imperialismus für die Zukunft? Was verbirgt sich hinter der Parole „Das Einsatzgebiet ist die ganze Welt“ und dem Ziel des „ungehinderten Zugangs zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt“? Die Antwort ist: Dritter Anlauf zur Neuaufteilung der Welt und zur Weltherrschaft durch imperialistische Kriege!

Auf diesem Weg hat der deutsche Imperialismus drei Probleme, für die das deutsche Militär die Lösung sein soll:

Erstens: Die große Masse der Weltbevölkerung, die in vielen Ländern in unterschiedlichem Ausmaß vom deutschen Imperialismus ausgebeutet, unterdrückt und militärisch bedroht ist bzw. deren Territorien teilweise militärisch schon besetzt werden, wird sich gegen den deutschen Imperialismus zur Wehr setzen, ihn auch bewaffnet bekämpfen.

Zweitens: Die anderen imperialistischen Großmächte, der US-Imperialismus, der russische, der französische und der englische Imperialismus und alle anderen imperialistischen Mächte und reaktionären Kräfte in anderen Staaten werden sich nicht alle „kaufen“ und betrügen lassen und sich nicht allesamt in ein dauerhaftes Bündnis mit dem deutschen Imperialismus einbinden. Vielmehr ist bei allen weiter wirkenden Momenten der „Zusammenarbeit“ absehbar, dass andere imperialistische Großmächte sich aus ihren imperialistischen Interessen heraus auch militärisch gegen den deutschen Imperialismus und seinen weltweiten Vormarsch stellen und ihre eigenen hegemonialen Ziele in Rivalität zum deutschen Impe-

rialismus verfolgen. Dabei liegt es auf der Hand, dass der US-Imperialismus die größte Herausforderung für die deutschen Militärs darstellt, aber besonders auch der russische Imperialismus eine große Rolle spielt. Eine wichtige ideologische Hilfe bei der Vorbereitung der kriegerischen Auseinandersetzung mit dem US-Imperialismus ist die weit verbreitete Illusion, dass der amerikanische Imperialismus doch zu stark und unverletzlich sei, dass er eben „unangreifbar“ sei. Der deutsche Imperialismus dagegen plant systematisch und auf Jahrzehnte die Schwächung des US-Imperialismus auf allen Gebieten, verschärft dessen innere Widersprüche, schmiedet Koalitionen gegen ihn und nutzt innenpolitisch geschickt den deutschen Nationalismus als Kraftquelle.

Drittens: Die Einbeziehung der „eigenen“ Bevölkerung in die Kriege des deutschen Imperialismus, die Verhinderung des möglichen „Dolchstoßes“ im eigenen Hinterland muss von den deutschen Imperialisten gesichert werden. Ohne nationalistische Verhetzung, ohne militaristische Mobilisierung, ohne Ausschaltung des Widerstands gegen ihre Kriegspläne werden die deutschen Imperialisten keine groß angelegten Kriege führen können. Für alle Fälle haben die deutschen Imperialisten nach innen auch schon längst vorgesorgt: Die gegen den Widerstand hunderttausender Arbeiterinnen und Arbeiter und Jugendlicher 1968 von der großen Koalition verabschiedeten „Notstandsgesetze“ regeln die ganz „legale“ Ausschaltung des Parlaments und die Einsetzung einer „Notstandsregierung“ im Krisenfall, die Außerkraftsetzung der sogenannten „bürgerlich-demokratischen Freiheiten“, wie z.B. des Versammlungs- und Streikrechts. Vom Schutz des Brief- und Telefongheimnisses oder dem Schutz der Wohnung vor Polizei und Militär ist dort dann sowieso auch formal nicht mehr die Rede. Denn all dies ist dann ganz legal abgeschafft. Der Einsatz der Bundeswehr gegen den „Feind im Inneren“ wurde und wird auch geprobt und exerziert. So das militärische Niederschlagen von Streiks.

Beim Einsatz des bisher größten Polizeiaufgebots in der Geschichte der BRD (17.000 Polizisten und Spezialeinheiten in Rostock, landesweit 35.000) am 2. Juli 2007 in Rostock-Heiligendamm anlässlich der Proteste zum Schutz des G-8-Gipfels wurde schon in großem Umfang die Unterstützung der Bundeswehr (über 2.000 Soldaten, Tornados, Schnellboote, Panzerspähwagen usw.) herangezogen.

Bei der planmäßigen Lösung dieser drei grundlegenden Probleme, ist das deutsche Militär nicht der einzige Faktor: Diplomatie, Kapitalexport, so genannte „Entwicklungshilfe“, Infiltration ins gegnerische Militär, Druck und Drohung durch Massenmedien sind gerade in der Vorbereitung des Krie-

ges wesentliche Aspekte, die auch während des Krieges weiterhin wirken werden. Ausschlaggebend für den angestrebten wirklichen Erfolg ist jedoch der Krieg und Sieg des deutschen Militärs!

Die Bundeswehr soll im umfassenden Sinn kriegsfähig gemacht werden. Das verkündete de Maiziere bereits 2011 als damaliger Kriegsminister: „Die Bundeswehr muss in der Lage sein, im gesamten Intensitätsspektrum zu wirken. Dazu gehört auch der Kampf. Die Bundeswehr ist keine Armee der Brunnenbohrer, und sie ist auch kein gepanzertes Technisches Hilfswerk. ... Militärische Mittel sind ‚äußerstes‘, nicht erst ‚letztes‘ Mittel.“ (12)

Und auch Bundeswehr-offiziell werden deutlich Signale gesetzt, in welche Richtung es geht. Am 4. September 2009 wurden in Afghanistan bei dem von der Bundeswehr veranlassten Massaker über 100 Menschen ermordet und viele zum Teil schwer verletzt. Ein solches direkt durch das deutsche Militär veranlasstes Bombardement mit einer so hohen Opferzahl an Zivilisten stellt eine neue Dimension in der Kriegspolitik des deutschen Imperialismus dar. (13) Der damals befehlshabende Oberst Klein wurde 2013 zum Brigadeoffizier befördert. Als dies 2012 bekannt wurde, erklärte der Anwalt der Hinterbliebenen, dass dies ein direkter „Schlag ins Gesicht der afghanischen Bevölkerung“ war und dieser provokativ-demonstrative Akt der Beförderung einer „Kriegserklärung“ gleich kommt. (14) In der Tat diene und dient dieses Massaker und dessen Legitimierung auch als Drohung für zukünftige Bundeswehreinsetze gegenüber der Bevölkerung anderer Länder.

Selbst die offiziellen Planungsunterlagen und Papiere des deutschen Militärs sprechen eine recht offene Sprache. Im aktuellen „Weißbuch der Bundeswehr“ vom Juli 2016, heißt es, dass sich das internationale System zu einer „politisch, wirtschaftlich und militärisch multipolaren Ordnung“ entwickelt, in dem nicht nur die USA globale Ansprüche stellen. Weiter heißt es: „Die Renaissance klassischer Machtpolitik, die auch den Einsatz militärischer Mittel zur Verfolgung nationaler Interessen vorsieht und mit erheblichen Rüstungsanstrengungen einhergeht, erhöht die Gefahr gewaltsamer zwischenstaatlicher Konflikte.“ Auch Deutschland wolle in der ersten Liga der Weltpolitik mitmischen: „Deutschland ist bereit, sich früh, entschieden und substantiell als Impulsgeber in die internationale Debatte einzubringen, Verantwortung zu leben und Führung zu übernehmen.“ (15)

Kriegseinsätze und Besatzungspolitik der Bundeswehr im Ausland sollen weiterhin fortgeführt und ausgedehnt werden, wie in letzter Zeit in Mali. Dabei werden die militärischen „Erfahrungen“ dieser Einsätze umfassend für zukünftige Kriegseinsätze

Misshandlungen in der Bundeswehr und verschärfte Kriegspolitik – ein Zusammenhang

Vor kurzem wurden langjährige sadistische Gewaltrituale bei der Aufnahme und sexistische Übergriffe während der Ausbildung in der Elite-Ausbildungskaserne Pfullendorf bei einer Spezialeinheit des Heeres aufgedeckt (FR 28./29.1.17). Bei den berüchtigten Gebirgsjägern in Bad Reichenhall wurde ein Obergefreiter über zehn Monate von Rekruten und Ausbildern diskriminiert, genötigt und sexuell erniedrigt (FR 30.3.17).

Gewaltrituale bei der Aufnahme von Rekruten, sexistische Übergriffe, Diskriminierung und Nötigung während der Ausbildung in den Kasernen sind keine Einzelfälle. Sogar der Generalinspekteur der Bundeswehr musste zugeben, dass allein von 2015-17 3.600 Fälle von Verstößen gegen die „Innere Führung“ bis hin zur vollzogenen Vergewaltigung in der Bundeswehr bekannt geworden sind (FAZ, net. 30.4.17).

Seit 2001 dürfen Frauen in alle Verbände der Bundeswehr eintreten. Nach einer Befragung von 2014 gab jede zweite befragte Soldatin an, in der Bundeswehr schon einmal belästigt worden zu sein. Angezeigte Fälle von Mobbing, sexueller Belästigung, Gewaltritualen und Erniedrigung sind zwischen 2015 und 2016 um 50 % gestiegen (FR 13./14.4.17).

Wie auch der bürgerliche Soziologieprofessor und Sozialpsychologe Rolf Pohl bestätigt, besteht hier durchaus ein Zusammenhang zwischen derartigen soldatischen „Männlichkeitsbeweisen“ sowie dem Korpsgeist und der Transformation der Bundeswehr in eine weltweit operierende Interventionsarmee mit der zunehmenden Ausrichtung, auch groß angelegt Krieg zu führen. Die Auszubildenden sollen Teil einer kampfbereiten Maschinerie werden, die Persönlichkeit soll durch Disziplinierung und Repres-

sion in ein militarisiertes und kriegstaugliches Ich umgewandelt werden, das mit der Todesangst umgehen kann (FR 13./14.4.17). Genau das sprach die FAZ kürzlich offen aus. Bei den „Kampf-gemeinschaften im Ernstfall“ seien „Korpsgeist“ und „soldatische Härte“ nötig. Würde dies „pauschal verteufelt“, dann sei das „ein Fehler, der sich in den wieder zunehmenden Auslandseinsätzen unserer Soldatinnen und Soldaten bitter rächen wird.“ (Marcel Bohnert, „Über Korpsgeist und Kampftruppen“, FAZ vom 29.4.17)

Korpsgeist und Drill, alles das ist kennzeichnend für imperialistische Armeen überhaupt. In Deutschland kommen hier aber unweigerlich auch noch die Merkmale der besonderen Aggressivität des deutschen Imperialismus zum Tragen, die „Tradition“ des reaktionären Preußentums und des Nazi-Faschismus. Denn damit wurde niemals tiefgehend gebrochen.

ausgewertet. Im Inneren ist in den letzten Jahren die „zivilmilitärische Zusammenarbeit“ von Bundeswehr, Polizei, Geheimdiensten, Katastrophenschutzorganisationen und anderen Institutionen mit Krisenstäben und Kreiskommandos in allen deutschen Landkreisen und kreisfreien Städten etabliert worden.

Doch nun wird im nächsten Schritt verstärkt Kurs auf eine umfassende Rüstungs-offensive und den „Umbau“ der Bundeswehr für groß angelegte imperialistische Kriege genommen. Das machen die im April 2017 in Auszügen in bürgerlichen Medien veröffentlichten „Vorläufigen konzeptionellen Vorgaben für das künftige Fähigkeitsprofil der Bundeswehr“ („Bühler-Papier“) ansatzweise deutlich. Offen wird darin auf eine kriegerische Konfrontation mit Russland verwiesen, zu der die Bundeswehr „befähigt“ werden müsse. Die Bundeswehr müsse bis 2026 in der Lage sein, jederzeit drei schwere Divisionen mit einem Gesamtumfang von 60.000 Soldaten ins Gefecht führen können. Die Artilleriebataillone sollen von gegenwärtig 3 auf 14 aufgestockt werden, 1000 Schützenpanzer sollen angeschafft werden. Die Luftwaffe soll künftig pro Tag bis zu 350 Aufklärungs- und Kampfeinsätze fliegen, die Marine mindestens 15 Schiffe und Boote gleichzeitig in Einsätze schicken können (FAZ 6.4. und 19.4.17).

Nicht nur um Waffen und andere Militärausrüstungen geht es. Insbesondere soll die Bundeswehr auch personell weiter aufgestockt werden. Dafür wurde bereits im No-

vember 2015 unter dem Titel „Mach, was wirklich zählt“ die bisher größte und professionellste Rekrutierungs-Werbekampagne gestartet. (Klar muss auch sein, dass die Rückkehr zur „Wehrpflicht“ im Bedarfsfall selbstverständlich schon vorgeplant ist).

Das Militärpotential des deutschen Imperialismus soll insbesondere auch verstärkt werden, indem Truppen anderer Staaten in die Bundeswehr „integriert“ werden. Die Niederlande haben bereits zwei Drittel ihrer Heeresverbände deutschem Kommando unterstellt, Tschechien und Rumänien beginnen gerade damit.

Und auch der Einsatz nach innen wird weiter forciert. Offiziell festgeschrieben wurde, dass nunmehr der Einsatz der Bundeswehr im Inneren auch bei „terroristischen Großlagen“ möglich sei. Dafür wurden gemeinsame Übungen von Polizei und Bundeswehr zunächst in vier Bundesländern beschlossen (FR 1.9.16).



Im Kampf gegen die militaristische Hetze in all ihren Spielarten, ob mit oder ohne „Bezug“ auf die Nazi-Wehrmacht, im Kampf vor allem gegen die reale militärische Expansion des deutschen Imperialismus und die Militarisierung im Inneren muss als Kern herausgearbeitet, belegt, bewusst gemacht und propagiert werden:

Die Bundeswehr ist nicht mehr und nicht weniger als ein Instrument des be-

sonders aggressiven deutschen Imperialismus. Sie dient nach außen wie nach innen der Sicherung des Grundprinzips dieser Gesellschaftsordnung des Kapitalismus, dem Profit, dem Maximalprofit, der Aufteilung der Welt nach dem Gesetz der Stärke. Als Hauptkomponente seines Staatsapparates ist die Bundeswehr Werkzeug der Konterrevolution und imperialistischen Aggression.

Der deutsche Imperialismus ist ein gefährlicher eigenständiger Kriegsherd, der sich auf einen imperialistischen Krieg zur Neuauftellung der Einflussphären unter den imperialistischen Großmächten vorbereitet. Er ist nach wie vor davon gekennzeichnet, dass er sich zur Verfolgung seiner imperialistischen Ziele des Militarismus bedient. Das zeigt sich heute mit größerer Deutlichkeit, wird aber mit der weiteren Zuspitzung der Kriegsvorbereitung noch viel krasser hervortreten.

Aufgaben im antimilitaristischen Kampf

Der antimilitaristische Kampf in Deutschland richtet sich gegen die imperialistischen Kriegsvorbereitungen und Kriegseinsätze des deutschen Imperialismus und seiner Bundeswehr sowie gegen die Militarisierung der gesamten Gesellschaft auf politischem, ideologischem und ökonomischem Gebiet.

Für den bewussten und organisierten antimilitaristischen Kampf ist die Kenntnis der

Geschichte des deutschen Militarismus und der Kämpfe dagegen sowie die Aufklärung darüber eine wichtige Voraussetzung. Nur so können zum Beispiel die sowohl politisch als auch psychologisch gut durchdachten Kampagnen zur Verherrlichung der Bundeswehr tiefgehend entlarvt werden, nur so kann klargemacht werden, dass diese Armee nicht nur in der Tradition des Reichswehr im Ersten Weltkrieg steht, sondern vor allem auch in derjenigen der Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg. Nur so kann bewusstgemacht werden, dass es bei militärischen Traditionen in Deutschland um Traditionen von Verbrechen eines ungeheuren Ausmaßes geht.

Um dem Hochmut der deutschen Imperialisten entgegenzutreten, um die Angreifbarkeit und Besiegbarkeit ihrer Militärmaschinerie aufzuzeigen, ist die Auswertung der Geschichte der bewaffneten Kämpfe gegen den deutschen Imperialismus, vor allem auch des Kampfs der Roten Armee der damals noch sozialistischen Sowjetunion und der Partisanenkämpfe des Zweiten Weltkrieges, sehr wichtig.

Es gilt auch, die Erfahrungen aus den militanten und antimilitaristischen Kämpfen gegen den west/deutschen Imperialismus in den letzten Jahrzehnten aufzuarbeiten, ihre Schwachstellen, aber auch Stärken erkennen zu lernen und für den eigenen Kampf heute auszuwerten.

Antimilitaristische Proteste richteten sich gegen öffentliche Gelöbnisse der Bundeswehr wie zum Beispiel die militanten Kämpfe gegen die öffentliche Vereidigung von Bundeswehrrekruten in Bremen 1980.

In den letzten Jahren gab es antimilitaristische Aktionen gegen Werbekampagnen der Bundeswehr an Schulen, Universitäten und vor Arbeitsämtern.

Herausragendes Ereignis der vergangenen Jahre war der Kampf gegen die alljährliche Propagandashow der Bundeswehr in Hannover (dem sogenannten „Sommerbiwak“). Im August 2008 ist es 500 Antimilitaristinnen und Antimilitaristen gelungen, den reibungslosen Ablauf zu stören. Solche Aktionen unterstreichen die große Bedeutung und Notwendigkeit, gegen die schleichende Gewöhnung an den deutschen Militarismus anzukämpfen und gegen die Ausdehnung der Kriegseinsatzgebiete der Bundeswehr auf die ganze Welt organisierten Widerstand zu leisten.

Aktuell sind weitergehende Aktionen notwendig – bei militaristischer Propaganda, bei Waffenlieferungen, bei Stationierungen oder Kriegseinsätzen der Bundeswehr oder bei der Niederschlagung von demokratischen und revolutionären Bewegungen durch den deutschen Imperialismus oder mit seiner Hilfe –, um diesem oder jenem Ver-

brechen der deutschen Imperialisten entgegenzutreten, es nach Möglichkeit zu verhindern. Wichtig ist dabei, nicht in die Falle der bürgerlichen Legalität zu tappen. Notwendig ist die rechtzeitige und sorgfältige Vorbereitung auf den illegalen Kampf, ohne dabei die maximale Ausnutzung aller legalen Kampfmöglichkeiten zu vernachlässigen.

Angesichts einer nahezu perfekt funktionierenden Nachrichtensperre ist es für den Kampf zur Entlarvung der Verbrechen der Bundeswehr in anderen Ländern unerlässlich, Kontakte in diesen Länder zu antimilitaristischen Kräften herzustellen, aber auch Kontakte innerhalb der Bundeswehr gilt es zu knüpfen.

Gerade vor dem Ausbruch eines imperialistischen Krieges ist es ganz besonders wichtig, dass möglichst viele und feste internationalistische Verbindungen im Kampf hergestellt, gepflegt, verstärkt und propagiert werden, um einen gemeinsamen internationalistischen Kampf, eine gemeinsame internationalistische Front gegen drohende imperialistische Kriege weltweit aufzubauen und zu verstärken.

Eine besondere Bedeutung kommt auch dem Kampf gegen die ideologische und politische Rechtfertigung von imperialistischen Kriegen zu. Um ein „ruhiges Hinterland“ herzustellen, müssen die imperialistischen Großmächte durch Lüge und Hetze bei den werktätigen Massen des eigenen Landes eine Stimmung der Kriegsbegeisterung erzeugen, so dass bei ihnen der Eindruck vorherrscht, ihre Soldatinnen und Soldaten würden ihr Leben für „eine gerechte Sache“ einsetzen.

Lenin stellte klar, dass es eine zentrale Aufgabe des demokratischen Kampfes gegen imperialistische Kriege ist, alle Lügen und Verdrehungen, mit denen versucht wird, den imperialistischen Krieg zu rechtfertigen, in allen Details zu entlarven.

Diese Aufgabe umfasst sowohl die Entlarvung der regierungsoffiziellen Kriegslügen und Kriegshetze als auch die mehr oder minder „links“ verbrämten Demagogien der diversen opportunistisch-reformistischen Kräfte.

Die Bundeswehr ist eine Berufsarmee, die auch Reservisten umfasst, die sich freiwillig gemeldet hatten. Das erschwert antimilitaristische Arbeit in der Bundeswehr wesentlich und zeigt noch deutlicher, wie gefährlich die Illusion ist, lediglich durch Zersetzungsarbeit die Bundeswehr von innen her unbrauchbar machen zu wollen.

Ohne auf den Kampf im Innern der Bundeswehr zu verzichten, ist es entscheidend, den Kern der Bundeswehr, seine Elitetruppen, von außen anzugreifen und zu bekämpfen, imperialistische Aggressionskriege zu erschweren oder zu verhindern.

Die Konzentration auf den antimilitaristischen Kampf im eigenen Land bedeutet nicht, antimilitaristische Kämpfe in anderen Ländern gering zu schätzen oder gar zu ignorieren. Ganz im Gegenteil: Die antimilitaristischen Kämpfe in den Ländern, die imperialistische Konkurrenten des deutschen Imperialismus sind, müssen als Vorbild für den Kampf in Deutschland propagiert werden. Dies dient der Vorbereitung für die Solidarisierung selbst in Zeiten des Krieges, um auf der Linie einer solchen Solidarisierung die Bedingungen während der Krieges zu nutzen, um die Linie „Der Hauptfeind steht im eigenen Land!“, die Linie des Sturzes der herrschenden Klasse im eigenen Land, die Linie der Umwandlung des imperialistischen Krieges in den bewaffneten Kampf gegen diesen Hauptfeind konsequent zu verfolgen. Bis schließlich in der sozialistischen Revolution diese mörderische Armee des deutschen Imperialismus nach allen Regeln der Kriegskunst im bewaffneten Aufstand zerschlagen werden wird.

Quellen

(1) Siehe Florian Huber: Hinter den Türen warten die Gespenster, München/Berlin 2017, S.110. (2) Zitiert nach „Vorwärts“ Nr. 18/1985, 27.4.1985, S.4 (3) Florian Huber, a.a.O., S.169 (4) Siehe www.bundeswehr.de: „Richtlinien zum Traditionsverständnis und zur Traditionspflege in der Bundeswehr“ (5) „Junge Freiheit“ vom 20. Juli 2001, zitiert in: Antifaschistisches Infoblatt/AIB 4-2007. (6) Heiko Biehl, „Traditionslinien der Bundeswehr“, 1.5.2015, in: www.bpd.de. (7) Siehe dazu genauer: Kommunistische Positionen zum Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944, GDS-Flugblatt 794, abgedruckt in: Kampf gegen Nazis und Nazifaschismus – Eine Auswahl aus den Publikationen von GDS 1991-1999, S.145 (8) Zitiert nach Ralph Giordano: Die Traditionslüge, Vom Kriegerkult in der Bundeswehr, Köln 2000, S.269 (9) Zeitschrift „Der deutsche Fallschirmspringer“ Nr. 4/99, zitiert in: Ulrich Sander, „Die Traditionslinie“, 2000. (10) Siehe daserste.ndr.de/panorama/archiv/1997/Minister-unter-Druck (11) www.br.de/nachrichten/rechte-bundeswehr-universitaet-100.html (12) Zeitschrift Internationale Politik Nr. 6, Nov./Dez. 2011, S. 10ff. (13) Siehe ausführlich GDS-Flugblatt 9/09 Bundeswehr-Massaker in Afghanistan, abgedruckt in: Politische Stellungnahmen 2009-2010, Zu Themen und Fragen des revolutionären Kampfes und des wissenschaftlichen Kommunismus in Flugblättern und Plakaten von Gegen die Strömung, S.35f. (14) www.n-tv/politik/Befoerderung-ist-Kriegserklaerung-artikel, 9.8.2012 (15) Weißbuch, Zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr, Berlin 2016, S.30, S.38, S.22

